

Griechen wollen Moschee für 16 Mio bauen



Sie stehen kurz vor dem Staatsbankrott. Seit 2008 halten sie ihren aufgeblähten Staats-Apparat nur mit EU-Geldern, die zu einem großen Teil aus den Taschen der deutschen Steuerzahler stammen, über Wasser. Aber ein Land, das seinen Beamten auch noch [Händewasch-Prämien](#), Belohnungen für Pünktlichkeit, Kopierzulagen und jährlich bis zu 18 Monatsgehälter aus dem europäischen Subventionstopf zahlt, hat natürlich auch noch Kohle für eine Riesenmoschee übrig. Man gönnt sich ja sonst nichts. Wie [Kopp-Online berichtet](#), soll jetzt in Athen für 16 Millionen Euro eine islamische Gebetskaserne gebaut werden.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Griechen haben es ja. Im Westen Athens wird nun zunächst eine provisorische und letztlich am gleichen Platz die Riesenmoschee errichtet. Laut Kopp Online haben am 7. September 198 von 300 Abgeordneten des griechischen Parlamentes diesem Plan zugestimmt:

Bis vor wenigen Jahren noch hatte Griechenland eine Bevölkerung, die zu 97 Prozent aus christlich-orthodoxen Gläubigen bestand. Inzwischen sind zu den rund elf Millionen Griechen fast zwei Millionen (meist illegale) Einwanderer aus der Türkei, Afghanistan, dem Irak, Nordafrika und Pakistan hinzugekommen. In den letzten Monaten hatte die Vertretung der islamistischen Muslimbruderschaft in Griechenland (siehe den Bericht auf RIMSE) die sozialistische Regierung offen herausgefordert, indem viele ihrer Anhänger freitags in Athener Straßen beteten und den sofortigen Bau von Moscheen

einforderten. Im August 2011 gab die sozialistische Regierung erstmals nach und öffnete das Athener Olympia-Stadion für islamische Massengebete.

Die bankrotte griechische Regierung hat Angst davor, dass die Millionen von im Großraum Athen lebenden Migranten aus islamischen Ländern zusätzlich zu den unzufriedenen Griechen nun auch noch (wie schon 2009) nicht mehr kontrollierbare Ausschreitungen provozieren könnten. 2009 hatte es schwere Krawalle mit Muslimen gegeben, weil ein griechischer Polizist bei der Kontrolle einer illegalen Moschee einen Koran mit dem Schuh berührt haben soll. Die Regierung hat die geheimdienstlichen Überwachungsaktivitäten der Migrantengruppen in den letzten Tagen hochgefahren. Und der griechische Geheimdienst EYP warnte unlängst davor, dass Migrantengruppen dabei sind, in Zusammenhang mit den Wirren der Wirtschaftskrise immer größere Teile der Athener Hauptstadt zu übernehmen.

Das erinnert an Schutzgelder, die man an die Mafia zu zahlen hat, um in Ruhe gelassen zu werden. Wie kreuz.net Ende Dezember des vergangenen Jahres berichtete, leben in Athen rund 70.000 zumeist illegal eingewanderte Moslems aus dem Irak, Ägypten, Pakistan und Afghanistan, deren „Unzufriedenheit“ griechische Politiker offensichtlich nicht riskieren wollen. Und so will man auch noch den Imam dieser Moschee aus Staatsgeldern bezahlen. Fremde Knete, die man nicht selbst erwirtschaftet hat, lässt sich eben leicht für so etwas aus dem Fenster hinauswerfen. Die EU-Trottel finanzieren ja schon seit Jahren einen angesichts der wirtschaftlichen Realität völlig ungerechtfertigt hohen griechischen Lebensstandard.

Ein vermeintlich „solidarisches“ Unterstützungsprinzip, auf das sich arme und leistungsschwache Empfänger im Lauf der Zeit einrichten, trägt eben nicht als Leistung zur Selbsthilfe zur Überwindung eines Krisenzustands bei, sondern schafft

Abhängigkeiten, mit denen sich bequem leben lässt. Dies erinnert an sozialistische Systeme, die bisher letztlich alle an ihrer Leistungsunfähigkeit zugrunde gegangen sind.

Der „Dank“ der Griechen für die fortwährende Subventionierung vor allem aus Deutschland fällt bekanntlich auch etwas ungewöhnlich aus: Da werden [Hakenkreuze geschmiert](#), beispielsweise ans deutsche Generalkonsulat in Thessaloniki, bei Massendemonstrationen gegen das Sparpaket Krawalle veranstaltet und antideutsche Parolen skandiert.

Nicht nur deswegen müsste jetzt die politische Konsequenz sein, diesen EU-Sozialismus unverzüglich zu beenden. Aber darüber dürfen Regierungsmitglieder dieses Landes offensichtlich nicht laut nachdenken, wie auch der [Maulkorb der Kanzlerin](#) für Bundeswirtschaftsminister Rösler eindrucksvoll zeigt.